

Newsletter März 2021

1.700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland

Am 11. Dezember 321 gab der römische Kaiser Constantin I. einen Erlass an die Stadtverwaltung von Köln heraus. Er erlaubte darin allen Stadtverwaltungen, Juden in den Stadtrat zu berufen. Es ging ihm darum, finanzkräftige Bürger zu Ämtern zu verpflichten, für die sie das letzte Hemd investieren mussten. Dieser kurze Rechtsakt sagt nicht mehr über das jüdische Leben in Köln und in Deutschland aus, als dass es in Köln offensichtlich mindestens einen Juden gab, der wohlhabend genug war, um für die fraglichen Ämter in Betracht zu kommen und dass es darüber hinaus offensichtlich noch weitere Juden gab. Das berechtigt zu dem Schluss, dass es in Köln auch eine jüdische Gemeinde gab.

Dieser kleine historische Exkurs bringt die Widersprüchlichkeit der Geschichte der deutschen Juden zum Ausdruck, die zwischen Anpassung und Ausgrenzung, zwischen Integration und Verfolgung, zwischen Symbiose und Vernichtung schwankte. In Schleswig-Holstein werden die ersten Juden erst um 1600 nachweisbar. Auch bei uns ist die Geschichte der Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden wechselhaft, und auch bei uns ist sie historisch belastet. Schleswig-Holstein gehörte zu den deutschen Regionen, in denen die NSDAP frühzeitige große Wahlerfolge feiern konnte, und Schleswig-Holstein hat zahlreiche Täter der Shoah hervorgebracht. Das Gedenkjahr 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland 2021 wäre aber verschwendet, wenn wir nur über die dunklen Seiten sprechen würden und es bei einigen Festakten beließen. Und wenn wir nicht die Chance ergriffen, die reiche jüdische Geschichte und Kultur zu beleuchten. Vor allem aber das jüdische Leben – mit all den alltäglichen und fröhlichen, unbeschwerten Seiten, so wie es sich heute darstellt, noch fester in der Gesellschaft zu verankern. Denn es gehört zu diesem Land. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass das so bleibt.

Wir haben Hinweise und Impulse der Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinden in unseren Antrag aufgenommen, der in einen gemeinsamen Antrag der demokratischen Fraktionen mündete.

Landtagsrede von Ralf Stegner vom 26. Februar 2021 Gemeinsamer Antrag von SPD, SSW, CDU, Grünen und FDP Programm des Landesbeauftragten für politische Bildung Das Dokument von 321



Schule in Zeiten von Corona

CORONA BILANZ BILDUNG

nein...nein...nein...

Martin Habersaat bilanziert die Corona-Maßnahmen der Bildungsministerin Prien.

SPOILER: Die häufigste Antwort lautet "Nein"



www.spd-fraktion-sh.de

Weniger Klausuren, teilweise

Das Bildungsministerium hat den Klausurenerlass Corona-bedingt überarbeitet. Die Schulen nutzen die damit verbundenen Möglichkeiten sehr unterschiedlich, teilweise stehen bis Ostern drei Klausuren pro Woche auf dem Plan, teilweise wurde das Programm deutlich reduziert.

Wechselunterricht wochen- oder tageweise

Sollte der Stufenplan der Landesregierung Wechselunterricht erforderlich machen, dürfen die Schulen nun selbst entscheiden, ob dieser Wechsel tage- oder wochenweise stattfindet. Für die Phasen in Distanz sollen die Lehrkräfte mit den Schülerinnen und Schülern Zeitfenster vereinbaren, in denen sie für Rückfragen erreichbar sind.

Alle Erlasse und Schreiben an die Schulen dokumentiert der Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen übersichtlich auf seinen Webseiten.

Keine Unterstützung für die Landeselternbeiräte

Wir hatten zum Haushalt eine Erhöhung der Mittel für die LEBs auf 46.700 € beantragt, um die Möglichkeit einer Geschäftsstelle zu schaffen. Über diesen Antrag wurde gesondert abgestimmt; leider ging er mit einer Mehrheit der Koalition mit AfD und Fraktionslosen unter. Dabei ist die Arbeitsbelastung der Landeselternbeiräte gerade in diesen Zeiten gewaltig, nie waren die Anforderungen an Kommunikation und Klärung offener Fragen höher.



Stornokosten von Klassenfahrten

Es wird nach Auskunft der Landesregierung mindestens bis zum Jahresende dauern, bis die Anträge in Sachen Stornokosten abgearbeitet sein werden. Dafür werden jetzt auch Stornokosten für Fahrten erstattet, die auf 2021 verschoben wurde.

So sicher wie möglich?

"Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung die nötigen Maßnahmen getroffen hat, um in der Pandemie den Schulbetrieb so sicher wie möglich zu gestalten." Das haben CDU, Grüne und FDP mit ihrer Mehrheit beschlossen. Ein kurzer Faktencheck:

- Hat die Landesregierung so schnell wie möglich zusätzliche Schulbusse zur Verfügung gestellt? **Nein**, nach langem Zögern erreichte den Finanzausschuss die entsprechende Förderrichtlinie erst Ende Februar.
- Stellt die Landesregierung allen Schülerinnen und Schülern medizinische Masken zur Verfügung? Nein, das tut sie nicht.
- Sieht das Konzept der Landesregierung Tests für Schülerinnen und Schüler vor, wie es sie in Österreich oder Dänemark gibt? Nein, bisher nicht.
- Setzt Jamaika an den Schulen ein Kohortenprinzip um, das tatsächlich auch die Begegnungen von Lehrkräften mit unterschiedlichen Klassen auf ein Minimum reduziert? Nein.
- Sind alle Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein Stand heute, ein Jahr nach Pandemiebeginn mit digitalen Endgeräten und Internetzugängen ausgestattet? Nein, sind sie nicht.

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 25. Februar 2021

Die Landtagsrede gibt es zum Nachschauen auch auf unserem Youtube-Kanal

Unterstützung für Schülerinnen und Schüler

Das Schuljahr 2020/21 ist ein schwieriges Schuljahr für alle Beteiligten. Eltern kamen zuhause in ihrer Rolle als Hilfslehrkräfte an Grenzen, Lehrkräfte reiben sich zwischen Präsenzunterricht, Distanzunterricht und Notbetreuung auf. Und Schülerinnen und Schüler mussten auf Begegnungen verzichten, mit neuen Lernformen klarkommen und Klassenarbeiten und Klausuren schreiben, ohne wie gewohnt darauf vorbereitet worden zu sein.

Die SPD fordert Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler aller Schulen, die nicht vom Engagement und den Überstunden einzelner Lehrkräfte abhängen dürfen, zum Beispiel Förderstunden, Tutorensysteme, Gutscheine für Nachhilfe, Sprechstunden. Übrigens: Im Bremen ist Sofatutor ein fest integrierter Bestandteil von "itslearning".



Jugendberufsagenturen

Hamburg hat seit vielen Jahren große Erfolge damit, in Jugendberufsagenturen die Arbeit der Agenturen für Arbeit, der Jobcenter, der Jugendämter und der Schulen unter Einbindung weiterer Akteure zusammenzuführen. Auf diesen Weg hatte sich auch Schleswig-Holstein in der letzten Legislaturperiode begeben. Auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion hat die Landesregierung nun einen umfangreichen Bericht zur Lage der Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein vorgelegt. Jugendberufsagenturen gibt es inzwischen in allen Kreisen und Kreisfreien Städten außer Flensburg, Ostholstein, Steinburg, Stormarn und Rendsburg-Eckernförde. Eine Debatte darüber wird vermutlich im März stattfinden.

KMK-Vereinbarung zur Zukunft des Schulwesens

Im Alter von 56 Jahren hat es uns nun endgültig verlassen: Das "Hamburger Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik auf dem Gebiete des Schulwesens" wurde durch einen Nachfolger ersetzt. Eine Roadmap zur Schule des Jahres 2050 ist dieses Abkommen nicht.

<u>Landtagsrede von Martin Habersaat vom 24. Februar 2021,</u> in ähnlicher Fassung erschienen in <u>Friedrichs Bildungsblog</u> der FES.

Psychosoziale Beratung für Studierende

Die Koalition hat mit <u>Antrag 19/2797</u> einen Antrag "Gegen Stress und Zukunftsängste im Studium" vorgelegt; sie will dem Studentenwerk 75.000 € zur Stärkung der psychologischen Beratung zur Verfügung stellen.

Nun muss man wissen, dass es in ganz Schleswig-Holstein nur 1,5 Stellen für rund 60.000 Studierende gibt. Und wer jetzt sein Studium anfängt, hat es nun mal schwer. Fast alles, was den Umstieg von der Schule ins Studium und ins Leben an der Hochschule erleichtert, fällt wegen Corona flach.

Schon unter normalen Umständen verkraftet nicht jede*r diesen Umstieg problemlos. Psychische und psychosomatische Erkrankungen sind bei Studierenden an der Tagesordnung. Deshalb müssen mehr Beratungsangebote bereitstehen. Wer heute suizidgefährdet ist, kann nicht monatelang warten, bis er Hilfe erhält. Darum haben wir einen Änderungsantrag eingebracht, in dem wir eine Verdopplung der Summe auf 150.000 € gefordert haben.



UNSERE NEUESTEN LANDTAGSREDEN UND PRESSEMITTEILUNGEN:

Schule

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 03.02.2021 **Starke Elternvertretung braucht Unterstützung und Dienstleistung!** http://www.landtag.ltsh.de/presseticker/2021-02-03-16-50-23-0e96/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 08.02.2021 **Gesundheit vor Bildung?**

http://www.landtag.ltsh.de/presseticker/2021-02-08-13-09-16-4c10/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 15.02.2021 Informatikoffensive versandet

http://www.landtag.ltsh.de/presseticker/2021-02-15-11-42-21-4f5b/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 18.02.2021 **Die Situation der Grundschulen ist auch ohne Corona schwierig**http://www.landtag.ltsh.de/presseticker/2021-02-18-15-44-31-78f8/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 19.02.2021

Ministerin gelobt bessere Vorbereitung – warten wir's ab!

http://www.landtag.ltsh.de/presseticker/2021-02-19-12-21-23-490c/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 25.02.2021 **Keine Road Map zur Schule 2050**http://www.landtag.ltsh.do/prossotickor/2021-02-2

http://www.landtag.ltsh.de/presseticker/2021-02-25-12-10-32-73f7/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 25.02.2021 **Bildung darf nicht gegen Gesundheit ausgespielt werden**http://www.landtag.ltsh.de/presseticker/2021-02-25-17-54-43-0f0e/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50



Hochschule

Pressemitteilung von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 11.02.2021 **Neumünsters Traum zerplatzt**

http://www.landtag.ltsh.de/presseticker/2021-02-11-13-28-18-675c/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50

Landtagsrede von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 26.02.2021 **Die Situation vieler Studierenden ist dramatisch**http://www.landtag.ltsh.de/presseticker/2021-02-26-14-43-56-6048/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50

Kultur

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 17.02.2021 **Kulturhilfen: Die Lücken müssen geschlossen werden!** http://www.landtag.ltsh.de/presseticker/2021-02-17-16-35-39-2007/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50

Rechtsextremismus

Pressemitteilung von Tobias von Pein vom 19.02.2021 **Hanau war kein Einzelfall – wir brauchen eine lückenlose Aufklärung!**http://www.landtag.ltsh.de/presseticker/2021-02-19-11-38-43-460f/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50

Zu guter Letzt

- Guten Tag, ich muss Sie leider davon in Kenntnis setzen, dass Ihre Tochter seit geraumer Zeit die Abläufe an der Schule ständig stört und durcheinander bringt.
- Wie bitte?!? Erlauben Sie mal, meine Tochter ist 55 und Bildungsministerin in Schleswig-Holstein!
- Gut, Sie wissen also, von wem ich rede.

IMPRESSUM

Dieser Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Rechtsextremismus und religiöse Angelegenheiten der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag herausgegeben.

Verantwortlich: Dr. Michael Schmidt-Neke, SPD-Landtagsfraktion, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel. Email: m.schmidt-neke@spd.ltsh.de